**Bericht EITI Board Meeting am 13.-14. Februar in Oslo, NOR**

**Hintergrund:**

Am 13. und 14. Februar 2018 fand in Oslo, NOR, die 39. Sitzung des internationalen Vorstands der **Extractive Industries Transparency Initiative (EITI)** statt. EITI ist eine globale Initiative für mehr Finanztransparenz und Rechenschaftspflicht bei der Erfassung und Offenlegung von Einnahmen, die beim Abbau natürlicher Ressourcen entstehen. EITI wird in freiwilliger Selbstverpflichtung von den Regierungen rohstoffproduzierender Staaten gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie Unternehmen umgesetzt (Multi-Stakeholder-Prozess). 51 Staaten implementieren derzeit EITI.

Der Vorstand (Board) der Initiative setzt sich aus den Akteursgruppen Regierungen, Privatwirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen und umfasst 21 Sitze (1 Vorsitz, 6 implementierende Staaten, 3 unterstützende Staaten, 5 Unternehmen, 1 Investor, 5 zivilgesellschaftliche Organisationen). **Das BMZ repräsentiert die BuReg** im Rahmen einer von drei regionalen Stimmrechtsgruppen der unterstützenden Staaten im Vorstand. Das **BMWi ist in einer der 6 regionalen Stimmrechtsgruppen der implementierenden Länder vertreten** (Implementing Countries Subconstituency Region 6: NOR, ALB, GBR, DEU, PER, GTM, TTO, HND, USA, COL, SUR, GUY, MEX, DOM), nimmt dort jedoch nur eine passive Beobachterrolle ein und enthält sich bei Abstimmungen.

Die BuReg unterstützt EITI seit der Gründung politisch, finanziell und technisch. Finanzielle Unterstützung wird über Zuwendungen an das int. Sekretariat (BMZ-Beitrag 2017: 190.000 €) sowie den von der Weltbank verwalteten Multi-Geber-Treuhandfonds Extractives Global Programmatic Support (EGPS; BMZ-Beitrag 2018: 275.000 EUR) geleistet. Darüber hinaus unterstützt DEU nationale EITI-Prozesse in zahlreichen Partnerländern der deutschen Entwicklungszusammenarbeit.

Im Juli 2014 kündigte die BuReg die **Implementierung von EITI in DEU** an (FF: BMWi). Seit Februar 2016 hält DEU offiziell den Status eines EITI-Kandidatenlandes. Der erste D-EITI Bericht wurde im August 2017 veröffentlicht. Aufgrund abweichender Fristen der nicht börsennotierten Unternehmen für die Berichterstattung nach BilRUG ist für April 2018 ein Nachtragsbericht vorgesehen. Die erste Validierung nach dem EITI Standard 2016 findet vrrs.im Frühjahr 2019 statt. Folgende **OECD-Länder** sind ebenfalls EITI implementierende Länder (GBR, NOR, MEX) bzw. haben eine zeitnahe Umsetzung der Initiative angekündigt (AUS, ITA, NLD).

Die BuReg wurde in Oslo durch BMZ (Referat 311) und BMWi (RL Internationale Rohstoffpolitik) vertreten.

**Zusammenfassung:**

Die Sitzung des EITI-Vorstandes in Oslo wurde von der Diskussion um systematische Offenlegung der Zahlungsströme („Mainstreaming“) und die Safeguard-Policy dominiert. Weitere Diskussionspunkte waren die Suspendierung von **COG** und die Finanzierungslücken der Initiative („funding gap“).

Der Leiter des internationalen EITI-Sekretariats Jonas Moberg hat in seinem Bericht an das Board folgende aktuelle Herausforderungen für die EITI-Implementierung hervorgehoben: fehlende politische Unterstützung in vielen implementierenden Ländern, fehlende Finanzierung, u.a. des internationalen Sekretariats durch die unterstützenden Staaten, die Komplexität der Anforderungen des EITI-Standards, fragwürdiges Verhalten von einigen unterstützenden Unternehmen und die Safeguard-Policy. Alle diese Punkte wurden im Laufe des Boardmeetings diskutiert. Moberg wies auch darauf hin, dass die Outreach-Aktivitäten des Sekretariats, d.h. Ansprache möglicher neuer Implementierungsländer, aufgrund der fehlenden Finanzierung und Auslastung des Sekretariats nur im begrenzten Maße möglich sind. Derzeit bemüht sich das Sekretariat um möglichen Beitritt von AGO, ARG und LBN.

Das Boardmeeting wurde mit einer Session zu Mainstreaming eröffnet, in der mehrere Länder, darunter auch DEU und SEN, ihre Erfahrungen und den bisherigen Stand des Prozesses präsentiert haben. **SEN** war durch die Ministerin für Bergbau, Sophie Gladima, den Minister für Öl und Energie, Mansour Elimane Kane, sowie den Vorsitzender der SEN EITI-Multi-Stakeholder-Gruppe, Mankeur Ndiaye, hochrangig vertreten. BMWi präsentierte deutschen Umsetzungsprozess sowie die bisherigen Erfahrungen und Herausforderungen im Bereich Mainstreaming. Das Internationale Sekretariat hob vor diesem Hintergrund die Vorbildfunktion DEUs für die EITI Community insb. im Bereich Mainstreaming hervor.

**Implementation progress report (IPR): Fokus auf lokaler Wertschöpfung**

Der IPR für die Monate November 2017 bis Februar 2018 (die Zeit seit dem letzten Boardmeeting in Manila) hatte Berichterstattung zur lokalen Wertschöpfung rund um die Rohstoffförderprojekte (***local content***) im Fokus. Die Offenlegung der Daten rund um lokale Wertschöpfung ist im EITI-Standard nicht verpflichtend; dennoch haben 25 EITI-Länder in ihren Arbeitsplänen die Berichterstattung zu *local content* als Bestandteil der EITI-Berichterstattung aufgenommen. Dies steigert die Transparenz auf lokaler Ebene und schafft Anhaltspunkte für die Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen und der Bevölkerung in den Abbaugebieten. Im Bericht wird der *Local procurement reporting mechanism* (**LPRM**) als ein möglicher Berichtstandard für local content im EITI-Kontext genannt. **LPRM wurde von Engineers without Borders (EWB) im Auftrag des BMZ erarbeitet**. Durch die Übernahme in die EITI-Berichterstattung wird ein Produkt der DEU EZ in Wert gesetzt und weiterentwickelt. In Kürze wird EWB mit Unterstützung des internationalen EITI-Sekretariats eine Reihe an Workshops und Webinars mit nationalen EITI-Stakeholdern zur Nutzung des LPRM durchführen.

**Der Übergang zur systematischen Offenlegung**

Beim Treffen in Oslo hat das Board eine wegweisende, grundlegende Empfehlung an die implementierenden Länder ausgesprochen. **Systematische Offenlegung (systematic disclosure),** auch **Mainstreaming** genannt**,** soll auf Grundlage auszuarbeitender Pläne implementierender Länder in drei bis fünf Jahren die konsolidierte EITI-Berichterstattung ersetzen. Dabei handelt es sich um Offenlegung der Daten, die bisher für EITI-Berichte durch einen unabhängigen Verwalter gesammelt und konsolidiert werden, durch existierende oder zu schaffende Berichtssysteme und Datenbanken, die für die breite Öffentlichkeit zugänglich sein müssen. So können Bürger jederzeit auf aktuelle Daten zugreifen; die Aktualität der Daten wird im Vergleich zu den Berichten, die in der Regel Daten von vor 1 bis 2 Jahren beinhalten, gesteigert. Der finanzielle Aufwand für den EITI-Prozess wird langfristig deutlich sinken.

Während systematische Offenlegung bereits in vielen EITI-Ländern Realität ist, müssen in den meisten Ländern Strukturen dafür geschaffen werden, u.a. IT-Infrastruktur und notwendige Rechtsreformen. Dieser Prozess wird länger als drei bis fünf Jahre dauern und erfordert zusätzliche finanzielle Investitionen. Die Geber sind angehalten, die Reformen in den implementieren Ländern zu fördern. Alle Länder müssen bis zur Globalen Konferenz im Februar 2019 einen detaillierten Plan für die Umsetzung der Empfehlung vorlegen.

Offen bleiben die Rolle der Multi-Stakeholder-Struktur und vor allem die Aufsicht durch die Zivilgesellschaft. Die Empfehlung des Boards überlässt die Klärung dieser Fragen den nationalen Multi-Stakeholder-Gruppen.

**Safeguards policy review**

Das Implementierungskomitee hat eine Überarbeitung der Safeguards-Policy vorgeschlagen. Dabei geht um die Anwendung der verpflichtenden Anforderungen des EITI-Standards, die bei Nicht-Erfüllung automatisch zur Suspendierung führen (Beteiligung der Zivilgesellschaft, der Regierungen und Unternehmen am EITI-Prozess). Die Erfahrungen aus der Implementierung der Policy zeigt, dass vor allem die rigorose und unflexible Anwendung der Safeguards zur Beteiligung der Zivilgesellschaft (bzw. Behinderung durch die Regierung) zu negativen Konsequenzen führen kann, wie in NER und AZE. Nach strikter Anwendung der Safeguard-Regeln wurden diese Länder entsprechend den Regeln suspendiert, worauf sie ihrerseits mit dem Austritt aus der EITI reagierten. Für die Zivilgesellschaft in diesen Ländern hat sich dadurch die Lage weiter verschärft. Dem Board wurde vorgeschlagen, in Zukunft über die Anwendung der Safeguards differenzierter und unter Einbeziehung aller Konsequenzen im Einzelfall zu beraten und zu entscheiden. Es konnte jedoch kein Konsens im Board erreicht werden; das Board hat das Implementierungskomitee damit beauftragt, konkrete Vorschläge für die Überarbeitung und künftige Anwendung der Policy zu erarbeiten.

**Validierung COG**

Die 2017 erfolgte Validierung (Prüfung gegenüber dem EITI Standard) der COG hat dem Land „bedeutsamen Fortschritt“ bescheinigt. Dennoch ist ein verpflichtendes Kriterium (**Beteiligung der Zivilgesellschaft)** in der COG nicht ausreichend erfüllt. Dieses Kriterium fällt unter so genannte „Safeguards“- Kriterien, deren Nichterfüllung (hier aufgrund des COG Regierungshandelns) zur automatischen Suspendierung führt. Das Implementierungskomitee hat daher die Suspendierung empfohlen. Im Vorfeld der Entscheidung im Board haben die Vertreter der kongolesischen Zivilgesellschaft um Corrective actions ohne Suspendierung gebeten, da eine Suspendierung den EITI-Prozess im Land gefährden würde. Dieser Fall illustriert erneut die Konsequenzen der Anwendung von Safeguards-Policy (s.o.). Nach einer Debatte im Vorstand wurde der Beschluss gefasst, die Entscheidung über den Status von COG zu vertagen, bis eine neue Empfehlung des Implementierungskomitees über die Anwendung der Safeguards-Policy vorliegt, die dann Basis der Entscheidung sein soll.

**Weitere Validierungen und Suspendierungen**

Über folgende Validierungen wurde in Oslo entschieden:

* ALB (bedeutsamer Fortschritt)
* BFA (bedeutsamer Fortschritt)
* CMR (bedeutsamer Fortschritt)
* KAZ (bedeutsamer Fortschritt): dazu gab es im Board auf Antrag der Vertreter der Zivilgesellschaft eine Debatte über die Lage der Zivilgesellschaft im Land, die aus ihrer Sicht im EITI-Prozess durch die Regierung behindert wird. Dennoch wurde die Entscheidung („bedeutsamer Fortschritt“) mit Hinweis auf die Überarbeitung der Safeguards-Policy getroffen.
* MNG (zufriedenstellender Fortschritt)
* SEN (bedeutsamer Fortschritt)
* TLS (zufriedenstellender Fortschritt- die bestmögliche Bewertung)
* TGO (bedeutsamer Fortschritt)

**HND** wurde aufgrund von versäumter Frist für Berichterstattung **suspendiert**.

**Beteiligung der US-Unternehmen am EITI-Prozess**

Die zivilgesellschaftliche Koalition Publish What You Pay (PWYP) hat sich mit einem [offenen Brief](http://www.pwypusa.org/wp-content/uploads/2018/02/CONFIDENTIAL-USEITI-Grievance-Letter.pdf) an den Vorsitzenden der EITI, Fredrik Reinfeldt, gewandt. Sie fordern den Ausschluss der Vertreter von ExxonMobil und Chevron, beide führende US-Rohstoffkonzerne, aus dem EITI-Board. Der Grund dafür sind Lobby-Aktivitäten dieser Unternehmen, die möglicherweise zum Aussetzen des Absatzes 1504 des Dodd-Frank Aktes (Offenlegung der Steuerdaten) geführt haben, und somit den EITI-Prozess in den USA untergraben haben. USA sind 2017 aus der EITI ausgetreten. Das Board hat das Governance-Komitee mit der Aufarbeitung dieses Falls beauftragt.

**Personelle Veränderungen**

Der Vorsitzende der Initiative, Fredrik Reinfeldt, hat das Board darüber informiert, dass er keine weitere Amtszeit anstreben wird. Somit werden er sowie Sekretariatsleiter Jonas Moberg zeitnah das Sekretariat verlassen. In der sich anschließenden Diskussion des Boards wurde darauf hingewiesen, dass der Weggang beider möglichst nicht zeitgleich erfolgen solle. Die Nachfolger soll von den Stimmrechtsgruppen nominiert und auf der Globalen Konferenz im Frühjahr 2019 gewählt werden. Mit der Frage der Nachfolge von Jonas Moberg beschäftigt sich ein Nominierungskomitee, das sich derzeit konstituiert.

**Nächstes Boardmeeting**

Das nächste Board Meeting mit begleitendem Rahmenprogramm wird vom 27. bis 29. Juni 2018 in Berlin stattfinden. Federführung für die Ausrichtung liegt beim BMWi. Neben den Sitzungen des Boards sind Side Meetings geplant, u.a. eine Veranstaltung des BMZ zu Handlungsspielräumen der Zivilgesellschaft, eine Veranstaltung der deutschen Zivilgesellschaft zu Beneficial Ownership sowie zwei Veranstaltungen des BMWi zu Konfliktmineralien/German Mining Network und Lateinamerika.

**Bewertung und Empfehlungen:**

Das 39. Board Meetingwar aus Sicht des BMZ und des BMWi **inhaltlich erfolgreich**. Die getroffenen Beschlüsse entsprachen überwiegend den im Vorfeld der Sitzung im Rahmen der deutschen Stimmrechtsgruppe abgestimmten Positionen. Das Board hat eine wegweisende Entscheidung zur systematischen Offenlegung getroffen, die die Zukunftsfähigkeit der Initiative sichert und Transparenz im Rohstoffsektor nachhaltig verankert. Dadurch steigen jedoch kurz- und mittelfristig Finanzierungsbedarfe der Entwicklungsländer, die EITI implementieren. Die Geber tragen nun gemeinsam mit den implementierenden Ländern die Verantwortung für die Umsetzung dieser Empfehlung.

**Rahmenprogramm**

Die NOR Regierung hat zu einem Empfang am Rande des Board Meetings eingeladen, bei dem der neue NOR Entwicklungsminister, Nikolai Astrup, eine Ansprache hielt. Im Anschluss an das Board Meeting fand auch das Treffen des Steuerungskomitees des EGPS Trustfunds der Weltbank statt, an dem GIZ als Beobachter teilnahm.